



KRISTINA SCHRÖDER, BUNDESMINISTERIN FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND

EINE MIT ALLEN AKTEUREN ABGESTIMMTE UND WIRKSAME ENGAGEMENTFÖRDERUNG

IM GESPRÄCH MIT CHRISTOPH MECKING, STIFTUNG&SPONSORING



S&S: Frau Ministerin, für wie wichtig halten Sie das Ehrenamt für den Bestand und die Entwicklung dieser Gesellschaft?

Schröder: Freiwilliges Engagement von Bürgerinnen und Bürger kann für den Zusammenhalt und die Entwicklung unserer Gesellschaft nicht hoch genug geschätzt werden. Wir haben in Deutschland 23 Millionen Frauen und Männer, die sich jeden Tag aufs Neue ehrenamtlich engagieren. Sie schaffen das, was der Staat alleine nicht leisten kann, was wir aber alle brauchen: den Kitt unserer Gesellschaft. Sie haben unsere Anerkennung und Wertschätzung verdient, denn sie machen das Leben vieler Menschen schöner und reicher. Die Engagierten sind zudem unerlässliche Innovatoren, denn aus dem Engagement Einzelner entstehen oft sozial innovative Ansätze zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen.

S&S: Wo sehen Sie besonders wichtige Betätigungsfelder für bürgerschaftliches und unternehmerisches Engagement?

Schröder: Ohne das ehrenamtliche und freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger könnten viele Leistungen, die wir für selbstverständlich halten, nicht erbracht werden: Ich denke da etwa an Telefonseelsorge, Nachbarschaftshilfe

und Mehrgenerationenhäuser. Ein konkretes Beispiel: Wenn Schülerinnen und Schüler Senioren in einem Heim besuchen und ihnen dort aus einem Buch oder der Tageszeitung vorlesen, dann wächst das gesellschaftliche Miteinander. Das gilt natürlich auch umgekehrt: Senioren können die Jüngeren an ihren Erfahrungen teilhaben lassen und etwa bei der Ausbildung mit Rat und Tat zur Seite stehen. So bringt beispielsweise der „Freiwilligendienst aller Generationen“ mit seinen vielfältigen Einsatzfeldern Jung und Alt in unterschiedlichsten Formen zusammen. Auch beim neuen Bundesfreiwilligendienst war es mir deshalb sehr wichtig, die ältere Generation mit einzubeziehen. Ebenso stellen sich Unternehmen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Denken Sie nur an die Bereiche Sport oder frühkindliche Bildung in Kindergärten, in denen Unternehmen durch Sponsoring oder eigene Projekte gute Unterstützung leisten. Es geht darum, große gesellschaftliche Herausforderungen wie den demographischen Wandel, Bildung, Umweltschutz und die Integration gemeinsam zu bewältigen. Und wie wir sehen: Es gibt bereits viele schöne Beispiele, die uns ermutigen und die hoffentlich noch weitere Menschen zum Engagement inspirieren können.

S&S: Das Bundeskabinett hat am 6.10.2010 auf Vorschlag Ihres Hauses die „Nationale Engagementstrategie“ beschlossen. Was sind Ziel und Inhalte dieser Strategie?

Schröder: Mit der neuen Engagementstrategie wird die Bundesregierung die Anerkennungskultur in unserem Land weiter stärken. Viele Menschen und Unternehmen in Deutschland engagieren sich bereits heute mit viel Einsatz für die Gesellschaft. Sie sind der lebendige Beweis dafür, dass es sich lohnt, hier und heute mehr zu investieren, um die Zukunft lebenswert zu gestalten. Mit der Nationalen Engagementstrategie legt die Bundesregierung den Grundstein für eine zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft besser aufeinander abgestimmte Engagementförderung in Deutschland. Jeder soll das einbringen können und dürfen, was er oder sie eben besonders gut kann. Die Orte dafür gibt es häufig schon – zum Beispiel die vielen Stiftungen und Bürgerstiftungen, die von aktiven Bürgerinnen und Bürgern, aber auch von Unternehmen in den letzten Jahren ins Leben gerufen wurden. Wir wollen helfen, diese Orte zu finden, sie besser zu vernetzen und auf diese Weise eine mit allen Akteuren abgestimmte und wirksame Engagementförderung zu betreiben.

S&S: Das Papier ist im Nonprofit-Sektor eher verhalten, wenn nicht gar mit Enttäuschung aufgenommen worden. Kritisiert



wurde etwa, es entstände der Eindruck, allein durch staatliche Förderung entstehe bürgerschaftliches Engagement, dabei sei diese doch stets subsidiär. In weiten Teilen lese sich das Konzept wie ein Sammelsurium bestehender und disparater Bundesprogramme. Die Strategie enthalte keine Vision einer freiheitlichen Bürgergesellschaft, sondern versuche, das Engagement mit Hilfe von Subventionen und eines einschränkenden Steuer- und Zuwendungsrechts an die Leine zu nehmen. Schließlich hätten die Vorarbeiten und Vorschläge zivilgesellschaftlicher Akteure, etwa aus dem Nationalen Forum für Engagement und Partizipation, kaum Berücksichtigung gefunden. Wie stehen Sie zu dieser Kritik?

Schröder: Die Entwicklung der Nationalen Engagementstrategie wurde durch einen breiten und strukturierten Prozess begleitet. Die Intensität und Ernsthaftigkeit, mit der sich viele Bürgerinnen und Bürger in diesen Prozess eingebracht haben, haben gezeigt, dass sie diese Form der Beteiligung wünschen und auch nutzen. Am Ende standen Handlungsempfehlungen, von denen eine ganze Reihe in die Engagementstrategie aufgenommen wurden, etwa das Eingehen neuer strategischer Partnerschaften mit Stiftungen und Unternehmen, die Förderung des Sozialunternehmertums oder auch die Vorbildfunktion der Bundesregierung durch die Entwicklung einer ressortübergreifenden Engagementpolitik. Und auch der von mir angestoßene qualitative und quantitative Ausbau der Jugendfreiwilligendienste deckt sich vollständig mit den Empfehlungen. Dass freilich nicht alle Handlungsempfehlungen in die Strategie eingeflossen sind, ist eben auch ein Aspekt von Beteiligung: Es ist eine Form der politischen Beratung. Die Verantwortung für die Umsetzung der Empfehlungen liegt dann jedoch allein bei der Exekutive.

S&S: Mit der Aussetzung der Wehrpflicht wird in Kürze auch der Zivildienst entfallen. Mit ihrer Tätigkeit vor allem auf sozialem Gebiet waren die Zivildienstleistenden eine wichtige Stütze gemeinnütziger Organisationen. Ihre Pläne sehen die Einführung eines Bundesfreiwilligendienstes vor, der allerdings vor allem wegen einer Besserstellung gegenüber anderen Freiwilligendiensten abgelehnt wird. Mögen Sie Ihre Eckpunkte und deren Umsetzbarkeit erläutern?

Schröder: Die Ablehnung war einmal. Inzwischen gibt es bei den Trägern breite Zustimmung zum Bundesfreiwilligendienst. Es ist uns gemeinsam gelungen, ihn so zu entwickeln, dass er keine Konkurrenz zu den bestehenden Freiwilligendiensten der Länder ist. Ganz im Gegenteil. Um das zu erreichen, haben wir die Verbände und Institutionen ja von Anfang an sehr intensiv in unsere Überlegungen mit einbezogen. Jetzt haben wir eine Ausgestaltung gefunden, die diese Befürchtungen ausräumt. Gemeinsam mit dem Freiwilligen Sozialen Jahr und dem Freiwilligen Ökologischen Jahr soll der neue Freiwilligendienst des Bundes weitest möglich von zivilgesellschaftlichen Einsatzstellen, Trägern und Zentralstellen durchgeführt werden. Die Freiwilligen werden vor Ort und in Seminaren pädagogisch begleitet; in der Praxis werden die Bedingungen für die Freiwilligen nahezu gleich sein. Es gibt also gerade keine Doppelstrukturen, sondern eine immense



Investition in die Freiwilligendienste. Eine Investition, die nur auf diesem Wege zu realisieren war.

Der Bundesfreiwilligendienst soll zum 1.7.2011 beginnen und rund 35.000 Menschen pro Jahr die Möglichkeit zu gemeinwohlorientiertem Einsatz bieten. Der neue Dienst steht Männern und Frauen ab Erfüllung der Vollzeitschulpflicht offen und kann im sozialen und ökologischen Bereich, aber auch in weiteren Bereichen wie Sport, Integration und Kultur geleistet werden. Die Dauer des Bundesfreiwilligendienstes beträgt in der Regel ein Jahr – mindestens sechs und höchstens 24 Monate – und er ist grundsätzlich in Vollzeit zu leisten. Der Dienst kann aber, sofern die Freiwilligen älter als 27 Jahre sind, auch in Teilzeit von mehr als 20 Wochenstunden abgeleistet werden.

S&S: Herzlichen Dank für das Gespräch. ■



ZUR PERSON

Dr. Kristina Schröder, geboren am 3.8.1977 in Wiesbaden, verheiratet, schloss ihr Studium der Politikwissenschaften und Philosophie im Februar 2002 als Diplom-Soziologin ab. Sie promovierte im Februar 2009 zur Dr. phil. an der Universität in Mainz, Institut für Politikwissenschaft. 1994 trat sie in die CDU ein, war 2000 bis 2001 Stadtverordnete der Landeshauptstadt Wiesbaden und ist seit 2002 Mitglied des Landesvorstandes der CDU Hessen und des Deutschen Bundestages. Seit dem 30.11.2009 amtiert sie als Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.